

# Willkommen zum Aktionstag gegen Rassismus im Kiez und anderswo

Aktuelle Stellungnahme vom Bündnis „Nie wieder Sonntag“ zum 17. Juli 2005.

---

Das Anliegen der heutigen Veranstaltung ist es, darauf aufmerksam zu machen, dass auch im vermeintlich liberalen und multikulturellen Prenzl'berger Kiez Alltagsrassismus auf der Tagesordnung steht. Menschen nichtdeutscher Herkunft sind auch hier auf verschiedene Weise von Diskriminierung aufgrund äußerer Merkmale betroffen; durch verstärkte verdachtsunabhängige Polizeikontrollen und rassistisch motivierte Übergriffe, aber auch an Orten, an denen man es nicht vermuten würde. So zum Beispiel im Café „An einem Sonntag im August...“

Nachdem am 28.6. 2005 publik wurde, dass die Betreiberinnen dieses Cafés glaubten, ihre angeblichen Drogenprobleme mit einem Hausverbot für „schwarze Jugendliche unter 25“ lösen zu können, die keine „klugen Augen“, weibliche Begleitung, Touristen- oder Studentenstatus aufzuweisen haben, gibt es eine verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit für die von unserem Aktionsbündnis thematisierten Formen der alltäglichen Diskriminierung. Die Betreiberinnen, insbesondere Frau Humeniuk, waren sehr bemüht, das beschädigte Image ihres Lokals wieder geradestücken und die Rassismus-Vorwürfe von sich zu weisen. Der diskriminierende Gehalt der Dienst-anweisung wurde als „unglückliche Formulierung“ dargestellt und das Aktionsbündnis wurde zum klärenden Gespräch gebeten. Warum wir dieses Gesprächsangebot ablehnen, haben wir bereits in unserem Offenem Brief an Claudia Humeniuk vom 6.7. dargestellt, den wir hier in Auszügen kommentieren:

*„Wir fragen uns (...), warum dieser Prozess [der Auseinandersetzung mit der Kritik an der Dienst-anweisung] erst nach der Veröffentlichung der betreffenden Dienst-anweisung (DA) auf RBB am 28.6.05 und unserer Presseerklärung vom 29.6.05 eingesetzt hat.*

*(...) Sie und Ihre Kolleginnen wurden unmissverständlich auf den diskriminierenden Charakter Ihrer Dienst-anweisung hingewiesen. Trotz des offenkundigen Widerwillens anderer MitarbeiterInnen, konkreten Änderungsvorschlägen, einer begründeten Unterschriftsverweigerung und anschließender Kündigung, nahmen Sie die Dienst-anweisung eben nicht „unverzüglich“ (Humeniuk, 3.7.05) von der Pinnwand, sondern forderten noch am 1.5.05 (mehr als zwei Wochen später) eine weitere Mitarbeiterin ultimatim auf, das Papier zu unterschreiben. (...) Kurz, es drängt sich der Eindruck auf, dass Sie, auch nach von verschiedenen Personen vorgetragener Kritik, nicht nur an der Formulierung, sondern auch am Inhalt der DA, auf der Durchsetzung derselben bestanden haben.*

*Nun ist das hässliche Schriftstück öffentlich gemacht worden und das gute Image steht auf dem Spiel. Ein absolut nachvollziehbarer, aber nicht besonders überzeugender Augenblick für eine fast rührende Selbstkritik- und Entschuldigungsoffensive, die im wesentlichen darin besteht, zu beteuern, dass Sie keine Rassistin sind und es sich um ein großes Missverständnis handelt. Sehr unmissverständlich ist jedoch das Vorgehen des von Ihnen eingeschalteten Presse-Anwalts Johnny Eisenberg, der*

*nach dem RBB-Bericht vom 28.6.2005 eine Unterlassungsklage gegen den Abendschau-Redakteur Norbert Siegmund und eine ehemalige Angestellte eingereicht hat, um eine weitere Berichterstattung zu unterbinden. Wie sollen wir Ihren Gesprächsangeboten trauen, wenn Sie gegen die Menschen, die entscheidend dazu beigetragen haben, Ihren Selbstreflexionsprozess in Gang zu setzen, mit juristischen Mitteln vorgehen? [inzwischen haben sich die Bestrebungen, die ehemalige Angestellte als Lügnerin darzustellen, konkretisiert] Natürlich haben uns auch Ihre unter anderem am 30.6.05 auf Indymedia und am 3.7.05 in Form eines öffentlichen Aushangs publizierten Statements in unserer Haltung bestärkt, uns nicht mit Ihnen an einen Tisch zu setzen.*

*Sie haben sich mehrmals in instrumentalisierender Weise auf ihre „farbige Kollegin“ bezogen und damit gegen deren Willen verstoßen, nicht ins Rampenlicht der Öffentlichkeit gezogen zu werden. Wir können Sie an dieser Stelle nur eindringlich auffordern, dies in Zukunft zu unterlassen.*

*Sie haben versucht, Ihre eindeutig rassistische, da auf biologischen Kriterien beruhende, DA zu rechtfertigen, indem Sie behaupten, dass Sie durch das Ordnungsamt vom Entzug der Ausschankkonzession bedroht worden seien, falls sie nicht gegen „die Dealergang“ vorgehen würden. Nach Aussagen der zuständigen Stadträtin Almuth Nehring-Venus (PDS) [und des Polizeisprechers Böttcher, taz, 9.7.] gab und gibt es kein Verfahren gegen Ihr Café. Von einer ultimativen Drohung mit Konzessionsentzug kann also definitiv nicht die Rede sein. Uns ist es auch absolut unverständlich, warum Sie in Ihrer Sorge um den Erhalt des Lokals nicht zum naheliegendsten Mittel gegriffen haben: KneipenbesitzerInnen, die durch ein sichtbares Schild auf das Verbot von Drogenkonsum und -verkauf hinweisen, kann kein „aktives Tolerieren“ vorgeworfen werden und stehen somit rechtlich auf der sicheren Seite. So praktizieren es viele andere Cafés, Bars und Clubs im Kiez und anderswo, ohne bei ihren Problemen mit Ordnungsamt, Polizei und Drogen auf rassistische Ausschlusskriterien zurückzugreifen. Bis heute haben Sie es trotz Ihrer Einsicht, einen Fehler begangen zu haben, nicht für nötig befunden, die DA offiziell und transparent zurückzunehmen und sich explizit bei den Menschen zu entschuldigen, die von der Gleichsetzung „schwarze Jugendliche = Dealer“ am meisten betroffen sind.*

*Aus den hier angeführten Tatsachen und Widersprüchen, ergibt sich für uns ein klares Bild. Sie, Ihre Partnerin und Ihre Geschäftsführerin haben mit der DA Ihrer diskriminierenden Haltung gegenüber schwarzen Menschen, von der Gäste und Angestellte bereits vor dem 12.4.05 berichteten, Ausdruck verliehen und nicht etwa einen bloßen Formulierungsfehler begangen. Diese Vorgehensweise versuchen Sie nun im Nachhinein mit einem selbst konstruierten Ultimatum vom Ordnungsamt zu legitimieren. Der Umgang mit der öffentlichen Kritik zeugt nicht von Einsicht, sondern nur von dem Bestreben, Ihr Café und das gefährdete Image zu retten, indem Sie sich in der Öffentlichkeit als gesprächsbereite Antirassistin*

# „Wir wissen nicht, was eine Kritik an Formen rassistischer Diskriminierung mit dem Begriff der political correctness zu tun hat“

darstellen und gleichzeitig mit juristischen Mitteln gegen kritische Stimmen vorgehen. Aus diesen Gründen besteht für uns keinerlei Grundlage für ein klärendes Gespräch. Die „Klärung“ des Problems Rassismus im Kiez, das sich explizit nicht auf Ihr Café beschränkt, sollte unserer Auffassung nach die Aufgabe der Verantwortlichen und der nun geschaffenen Öffentlichkeit sein, wobei wir froh sind, dass sich nicht nur das Aktionsbündnis „Nie wieder Sonntag“ für die Ausübung des notwendigen Drucks verantwortlich fühlt, sondern auch zahlreiche UnterstützerInnen.“

(Offener Brief des Aktionsbündnisses, 6.7.05)

Nach der Veröffentlichung unseres Aufrufes zum Aktionstag in der letzten Woche, kündigten die Café-Betreiberinnen an, parallel eine eigene ganztägige Veranstaltung abzuhalten. Highlight ist ein Podiumsgespräch, auf dem verschiedene prominente VertreterInnen aus Politik, Medien und Zivilgesellschaft über das Thema „Politisch korrekt? Rassismus und Alltag“ diskutieren wollen. Wir wissen zwar nicht genau, was eine Kritik an Formen rassistischer Diskriminierung mit dem Begriff der political correctness zu tun hat, vermuten jedoch, dass es hier darum gehen soll, das Aktionsbündnis und seine UnterstützerInnen als ewiggestrige Linke darzustellen, denen wie immer nichts besseres einfällt, als mit der Moralkeule um sich zu schlagen. Unsere Einschätzung, dass es bei dieser Veranstaltung nicht um eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema Rassismus, sondern um Image-Rettung geht, bestätigt auch die Verfahrensweise bei der Auswahl der DiskutantInnen. Mindestens zwei angefragte Gäste, die im Vorgespräch angekündigt hatten, sich auch kritisch gegenüber der Vorgehensweise des Cafés äußern zu wollen, wurden wieder ausgeladen.

Wir fordern alle geneigten BesucherInnen zur kritischen Teilnahme an der Podiumsdiskussion auf, um zu verhindern, dass die konkreten Vorwürfe auf einer allgemeinen Ebene wegdiskutiert und relativiert werden und die Stilisierung zum „Opfer einer Hexenverbrennung“ (Vertreter des Cafés gegenüber junge Welt, siehe vom 29.6.) weitere Blüten treibt. Die Verantwortlichen sind weder Opfer einer „Dealer-Gang“ noch einer von „der Antifa“ inszenierten Rufmordkampagne. Vielmehr steht ihr Verhalten repräsentativ für eine allgemeine Tendenz, die sich darin äußert, dass rassistische Ressentiments auch inmitten einer augenscheinlichen Multikulti-Idylle wieder salonfähig werden.

*Wenn ihr Kenntnisse von ähnlichen Vorkommnissen habt oder selbst solche Erfahrungen gemacht habt, meldet euch bei uns oder den Opferberatungsstellen (Infos am Infotisch!).*

- **Spenden für die Kampagne bitte an:**  
Kto.: 5891158000 BLZ: 10090000 Berliner Volksbank  
Kontoinhaber: Bund der Antifaschisten Berlin-Pankow e.V.  
Kennwort: Nie wieder Sonntag (Spendenbescheinigung möglich)
- **Infos: [www.nie-wieder-sonntag.tk](http://www.nie-wieder-sonntag.tk)**  
hier befindet sich eine umfangreiche Dokumentation,  
inklusive ein umfangreicher Pressespiegel
- **Kontakt: [nie\\_wieder\\_sonntag@web.de](mailto:nie_wieder_sonntag@web.de)**

## KURZAUFTRUF zum Aktionstag gegen Rassismus im Kiez & anderswo

Es hat sich gezeigt, dass auch im „liberalen und multikulturellen“ Prenzlauer Berg Rassismus auf der Tagesordnung steht. Die am 28.6.2005 öffentlich gewordene Dienstanweisung der Betreiberinnen des Cafés „An einem Sonntag im August“ (Kastanienallee) an ihre Angestellten, veranschaulicht, dass auch vermeintlich linke Geschäftsleute auf Kategorien wie Hautfarbe, Geschlecht und Herkunft zurückgreifen, wenn es darum geht, den Drogen den Krieg zu erklären oder einfach nur die Zusammensetzung des Publikums nach eigenem Geschmack zu gestalten. Ein pauschales Hausverbot für „schwarze Jugendliche unter 25“ wurde vom Bezirksamt nie eingefordert. Ebenso wenig wurde dem Café nach Aussagen der verantwortlichen Bezirksstadträtin der Entzug der Ausschankkonzession angedroht, wie von den Betreiberinnen behauptet. Der Ausschluß ganzer Bevölkerungsteile ist der denkbar schlechteste Weg, das Problem zu beheben.

Wir wissen, dass es nicht-rassistische Strategien gibt, mit der Drogenproblematik und dem diesbezüglichen Druck vom Bezirksamt umzugehen. Des Weiteren beobachten wir mit Sorge einen verstärkten Alltagsrassismus. Insbesondere im Mauerpark und Weinbergsweg sind Menschen nichtdeutscher Herkunft von verdachtsunabhängigen Polizeikontrollen betroffen. In den letzten Monaten kam es zu einer Häufung rechter Übergriffe mit rassistischem Hintergrund. Da wir einen Beitrag dazu leisten wollen, dass jegliche Formen der Diskriminierung im Kiez & anderswo erkannt und bekämpft werden, rufen wir zum Aktionstag gegen Rassismus am 17.7. auf.

### Der Aktionstag wird unterstützt von:

ACUD (Kunst- und Kulturhaus), Antifa Friedrichshain, Antifa Hohenschönhausen (AH), Antifa TU-Berlin, Antifaschistische Fußballfaninitiative (AFFI), Antifaschistische Gruppe in Prenzlauer Berg (AGiP), Antifaschistische Initiative Moabit, Antifaschistischer Aufstand Köpenick (AAK), Antirassistische Initiative, Asta der Technischen Universität Berlin, Autonome Antifa Prenzlauer Berg (AAPB), Bad Boy'z, „bella, boss & bulli“, Bistro Marcann's, Buchl. Schwarze Risse Kastanienallee, Bund der Antifaschistinnen Berlin-Pankow e.V., Brazine, Bruder&Kronstädte, Café/Kneipe „Absinth“, Café Bla Bla, Café Doors, Café Mauerpflümchen, Café Morgenrot, Café MS Völkerfreundschaft, Café Nemo, Café Simson, Café Torpedokäfer, Carola Handwerk (Anwältin), >da capo< Bücher und Schallplatten, Desperados.Berlin, DJ Drums & Freaks, DJ Matatu, DJ Werd, DJs „The BeLarska's“, Doctor Wood GmbH, DRK-Jugendladen „Eastside 2000“, DRK-Jugendladen Wedding, Emanzipative und Antifaschistische Gruppe (EAG), Food for Action-Berlin, Franz&Josef Scheiben, Gegeninformationsbüro, Gun Club, Hakuna Matata, Hausprojekt Schliemannstr. 40, HEVEL e.V. - Verein für soziale Gerechtigkeit, Initiative schwarze Deutsche Berlin e.V. (ISD e.V.), Initiative gegen das Chipkartensystem, IG BühnenWerk Ostberlin, Judith Braband, K & K, K77, Kamun (Imbiss), „Kastaniengrill 28 bei Ismail“, Kastanienallee 86 (Vorderhaus), Kathedrale e.V., Kaya Foundation, Kontakt- und Beratungsstelle für ausländische Flüchtlinge e.V., Kumasi Shop, Leathers Lederwerkstatt Berlin, Liniensr. 206, Linke Liste der HU-Berlin, Mauer, Mercato Piccolo (Lebensmittel, Obst & italienische Feinkost), Musikkneipe „Everybody's Subway to Peter“ Chemnitz, Nix wie Wein, Palpitacoes, Pegasus Druck, Radio Tanzbar Berlin Nordost, ReachOut Berlin, SOS Human Rights (Berlin), Subversive Philosophie und Kommunismus (SPUK), Skaquadrat, Soundpiraten, Streetsmartz, Trommel, The Running Assholes (TRA), VEB Orange, Villa Orange, Yaam, Zielona Gora (Vokü) -

**Stand 16.7. 2005**